

# Dresdener Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden, Aden & Comp., Nr. 1203.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Kontakto: Gebr. Arnhold, Dresden und Schöf. Staatsbank.

Diese Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Alte Stadt

Abonnementspreis: einschließlich Frachtkosten in der 3. Woche vom 12. d. M. 18. Januar 1924 Goldpreiskarte für Deutschland die Nummer 20 Goldpreiskarte Einzelnummer 15 Goldpreiskarte. Telegramm-Adresse: Dresdener Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettmerplatz 10. Tel. 25 261. Druckerei: Wettmerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftsstelle: Wettmerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Ausgabenpreis: Die Ausgaben werden nach Goldmark berechnet. Grundpreise: die 29 mm breite Kopierzeile 30 Pf., die 30 mm breite Reklamazeile 150 Pf., für auswärtige Ausgaben 35 und 200 Pf. Familienausgaben, Sondern und Kleinanzeigen 40 Proz. Rabatt. Für Streifenlieferung 10 Pf.

Nr. 13

Dresden, Mittwoch den 16. Januar 1924

35. Jahrg.

## Wir und die Kommunisten

Von Alfred Bellisch

Es ist seit Jahrhunderten das Verhängnis der Arbeiterklasse, daß sie zu kämpfen und gelegentlich auch zu siegen vermag, daß ihr aber noch immer die Fähigkeiten fehlen, um den Sieg zu bewahren. Dazu gehören: richtiges Augenmaß für das, was von dem im Kampfe Erreichten nach dem Stande der wirklichen Kraft auch dauernd oder auf längere Zeit zu halten ist, ferner Besonnenheit im Verlangen, Ruhe und Stetigkeit im Handeln und vor allem bewußtes Vermeiden der Dinge, die geeignet sind, die Zahl der Gegner des neuen Zustandes unnötig zu vermehren. Diese Eigenschaften haben dem deutschen Proletariat nach der Revolution leider gefehlt. Das scheint die Tragik aller Revolutionen zu sein. Schon Friedrich Engels hat das mit Beträubnis festgestellt. In seiner Einleitung zu der Schrift von Karl Marx über die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850 weist Engels nach, daß alle Revolutionserfolge zunächst solche einer Minderheit waren, und nur die anfänglich widerstandslose Haltung der besitzenden Mehrheit gibt ihnen den Anschein, als seien sie Siege des ganzen Volkes. So war es auch bei der deutschen Revolution von 1918, zumal man doch von dem rein zahlenmäßig feststehenden Heere der Arbeiterklasse den Teil in Anspruch zu bringen hat, denen das Bewußtsein ihrer Klassenzugehörigkeit ebenso fehlte, wie die Erkenntnis der Notwendigkeit des Klassenkampfes und seiner letzten und höchsten Ziele. Deshalb trifft auch auf diese letzte deutsche Revolution so richtig zu, was Engels im Jahre 1895 in der erwähnten Einleitung über die vorangegangenen Revolutionen schrieb:

Nach dem ersten großen Erfolge spaltete sich in der Regel die siegreiche Majorität; die eine Hälfte war mit dem Erlangen zufrieden, die andere wollte noch weiter gehen, stellte neue Forderungen, die wenigstens teilweise auch zu wirtschaftlichen oder politischen Interessen der großen Masse waren. Diese radikalen Forderungen wurden auch in einzelnen Fällen durchgeführt, häufig aber nur für den Augenblick, die gemäßigte Partei erlangte wieder die Oberhand, das zu leicht Gewonnene ging ganz oder teilweise wieder verloren; die Besiegten traten dann über Verrat oder durch die Niederlage auf den Fußfall. In Wirklichkeit aber lag die Sache so: die Errungenschaften des ersten Sieges wurden erst sichergestellt durch den zweiten Sieg der radikalen Partei. War dies und damit das unumkehrliche Nötige erreicht, so verschwanden die Radikalen und ihre Erfolge wieder vom Schauplatz. Die Revolutionen der neueren Zeit, angefangen von der großen englischen des 17. Jahrhunderts, zeigen die Folge, die untrennbar scheint von jedem revolutionären Kampf.

Aus einer solchen klaren Erkenntnis über Wesen, Form und Ergebnis jedes revolutionären Kampfes sollten wir Sozialdemokraten unser Verhältnis zu den Kommunisten klarstellen und unsere politische Taktik unbeeinträchtigt bestimmen. Und wenn die Kommunisten nun schon selbst nicht merken, daß sie, obwohl vielleicht im bestimmten geschichtlichen Moment vorübergehend notwendig, als die Radikalen vom Schauplatz der sozialen Kämpfe unter Preisgabe ihrer nichtrevolvierbaren Forderungen verschwinden werden und müssen, so müssen aber wir Sozialdemokraten das klar erkennen und dürfen in den Kommunisten keinen dauernden Faktor sozialen Gedankens erblicken. Kommen wir zu dieser klaren Erkenntnis, dann bleiben wir Sozialdemokraten auch vor der Versuchung bewahrt, die Bedeutung der Kommunisten für den Ausgang des proletarischen Klassenkampfes zu überschätzen.

Diese Überzeugung liegt besonders nahe bei den gerade gegenwärtig sich ereignenden einzelnen wesentlichen Wahlergebnissen der Kommunisten. Aber auch hierbei werden sie als Partei des äußersten Extremes genau nur zu Übergangspunkten sein, wie die Deutschösterreichischen und die Deutschnationalen als Exponenten der äußersten Rechten. Jedes tatsächliche Zusammengehen mit den Kommunisten muß daher von der Sozialdemokratie zeitlich begrenzt sein nach Wahlgabe der Ereignisse und vor allem des eigenen Verhaltens der kommunistischen Partei. Es war deshalb auch von der linken Sozialdemokratie und deren Landtagsfraktion durchaus richtig gesehen, daß sie mit den Kommunisten im Landtage gegen das Bürgerertum eine Mehrheit in Form einer parlamentarischen Arbeitgemeinschaft bilden sollte, so lang man auch nur die letzte Hoffnung darauf haben konnte, daß es gelingen könnte, sich mit den Kommunisten auf eine erträgliche Arbeitsbasis zu einigen. In diesem Glauben sind wir Sozialdemokraten schwer enttäuscht worden. Wir sind die innere Kraft zu diesem offenen Verrat, umbringt, verdrängt sich am Proletariat.

Die Kommunisten marschieren bereits auf der Abwärtsstraße vom Schauplatz ihrer einstigen Mission und ihre Vertreter, die sie hier und da noch zahlreich verstreut, in die Parlamente schicken, werden in nicht allzu ferner Zeit umfallen, wie von ihrer eigenen Partei stehen gelassene Bergessteine. Das kann gar nicht anders kommen, denn die Kommunisten gehen in die Parlamente obwohl sie den Parlamentarismus für verwerflich halten und ihn seine Verfechter verwerfen. Bezeichnend doch rücken im letzten Reichstagswahlkampf ein kommunistischer Stadtratsmitglied einer sächsischen Großstadt das Gemeindeparlament als Quasimodo.

Für die sächsische Sozialdemokratie steht aber jetzt die Frage so, daß sich die Kommunisten für die ihr losgelassen haben, und zwar durch Wort und Handlung. Nicht nur, daß sie, freudig auf die radikalsten und in Wirkungen der Not der Massen, mit den Bürgerlichen gemeinsam den Landtag auflösen wollen, nein, sie verriegeln überhaupt aus eigener Willkür die Verbindungen zwischen sich und den Sozialdemokraten, indem sie im Landtage durch einen ihrer Ver-

treter bereits erklären ließen, was sie dann in ihrer Wahlzeitung mit folgenden Worten schriftlich bestätigten:

„Die Kommunisten haben im sächsischen Landtag erklärt, daß sie auch nach den Neuwahlen eine sozialdemokratische Minderheitsregierung nicht unterstützen werden.“

Damit ist die Möglichkeit der parlamentarischen Arbeitgemeinschaft mit den Kommunisten beseitigt und damit muß sich selbstverständlich die bisherige taktische Einstellung der Sozialdemokratie zu ihnen völlig verändern. Die Kommunisten sind nun als Faktor organisierter und bereitwilliger Mitarbeit nicht mehr in Rechnung zu stellen. Und wollen die Sozialdemokraten allein mit ihren nur 40 Landtagsmandaten sich nicht als eine heilungslose zur Untätigkeit verdamnte Minderheit im Parlament betrocknen, so müssen sie sofort, nicht weil sie wollen, sondern weil sie dürfen die veränderte Stellung der Kommunisten dazu gedrängt werden, eine andere Anlehnung suchen, um überhaupt im Parlament sozial fördernd oder wenigstens erhaltend wirken zu können. Gerade die Kommunisten sind auf Grund ihres Verhaltens in letzter Zeit die letzten, die berufen sind, um die Rolle politischer Rippfiguren zu spielen. Haben sie doch im letzten Gemeinderatswahlkampf nicht nur jede Reife und Eignung, sondern auch jeden guten Willen zu einem ehrlichen Klassenkampf vermissen lassen. In einer Wählerversammlung in Leipzig sagte einer ihrer Wortführer das offene Bekenntnis ab, es sei ganz selbstverständlich, daß die Kommunisten die Sozialdemokraten heftiger bekämpften als die Bürgerlichen, denn es sei das Ziel der Kommunisten, die Sozialdemokratie zu zertrümmern. Und dieser sonderbare „Klassengenosse“ ermahnte damit den Jubel seines Anhangs. Man darf nicht denken die Stiefeln putzen, die einen vernichten wollen.

Das Gebot der Eigenwürde und Selbstachtung zwingt zu einer solchen veränderten Stellungnahme gegenüber den Kommunisten um so mehr, als sie im letzten Gemeinderatswahlkampf mit allen Mitteln der Rohheit, Dummheit und Brutalität gegen die Sozialdemokratie gearbeitet haben. Organisierte Kolonnen zur gewalttätigen Sprengung sozialistischer Wählerversammlungen, wie in Chemnitz, Leipzig, Riesa und Plauen, lärmende Zwischenrufe bei den Ausführungen sozialistischer Redner, wie in Dresden, wüßteste Bekämpfungen der Sozialdemokratie durch die bestellten Redner der kommunistischen Partei, von denen manche erst mit Ach und Krach vor kurzer Zeit vom Kinder- ins Jünglingsalter hinübergeführt und noch mit allen Ungezogenheiten der eben erst durchgeführten Hegeldare behaftet waren: das waren die betrüblichen Formen des Wahlkampfes, wie er von diesen „Klassengenossen“ beliebt wurde.

Wir müssen die Sozialdemokraten aus Gründen innerer

Wahrhaftigkeit den Mut aufbringen zu dem Bekenntnis, daß wir uns in dem Grad der kommunistischen Reife geäußert haben und daß es gemeinsam mit ihnen nicht geht. Die Kommunisten sind unsere Klassenossen, aber es fehlt ihnen das zu einem zusammengehörenden nötigen Klassengefühl und deshalb lehnen sie es ab, unter Kampfgenossen zu sein. Der Traum von der sozialistisch-kommunistischen Arbeitgemeinschaft im Parlament ist damit auf absehbare Zeit ausgeträumt.

Es ist mir nicht leicht geworden, mich zu diesem Bekenntnis durchzuringen, aber die Wucht der Tatsachen zwingt dazu. Lernen wir das einsehen und ziehen wir daraus die notwendigen Folgerungen. Wir wären Toren, ließen wir uns die Zeit der Wahlen von den Kommunisten vorzeichnen, denen jetzt gerade auf Grund des Massenlebens der Weizen blüht und die nur in den Wahlkampf gehen, um mit allen Mitteln der Demagogie und Rohheit die Sozialdemokratie zu vernichten. Bringen wir daher keinen Bruderkonflikt in die Reihen unserer eigenen Partei um der Kommunisten willen! Den Kommunisten gilt der „linke“ Sozialdemokrat nicht mehr als der „rechte“. Schrieb doch die kommunistische Wahlzeitung so offen, daß es auch unsere Genossen vom allerlinksten Flügel der Partei begreifen und verstehen werden:

„Die Linken kosteten, die Bourgeoisie mit Hilfe der Kommunisten auf dem Wege über Neuwahlen retten zu können. Diese Hoffnung haben ihnen die Kommunisten durch ihre klare Stellungnahme zertrümmert. Nach dem Siege der sächsischen Sozialdemokratie, nach dem Zusammenbruch der bürgerlichen Demokratie und des Parlamentarismus ist eine Arbeiterregierung vom Boden der Demokratie aus nicht mehr möglich.“

Ich frage: Welche Arbeitsgemeinschaft soll da noch mit den Kommunisten im Parlament gehalten werden und zu welchem Zweck? Wir wollen weiter mit aller Überzeugungskraft unter den kommunistischen Arbeitern für unsere sozialistischen Ideen und für unsere Partei werben. Im Parlament aber bleibt uns zur Zeit nichts anderes übrig, als entweder in einen aus nur zu durchsichtigen Gründen von den Kommunisten und dem Bürgerertum beschlossenen Wahlkampf zu gehen, oder durch zeitweilige parlamentarische Anlehnung an die bürgerlichen Mittelparteien unseren Einfluß wenigstens auf wichtigen Teilgebieten noch zur Geltung zu bringen.

Ruhig und nüchtern betrachtet, liegt daher kein berechtigter Grund vor, wegen der letzten Ereignisse in Preußen und Parlament unsere eigene Partei durch Brudersplit zu zerfetzen. Die Kommunisten bei ihrer jetzigen Einstellung sind einen solchen Schritt nicht wert. Die deutschen Kommunisten eignen sich vielleicht zum Zertrümmern des Alten, aber nicht zum Aufbau von etwas Neuem. Sie sind unmögliche Kampfkameraden, völlig ungeeignet, die Macht im Staate erobern zu helfen.

## Programm des Kabinetts Heide

Sächsischer Landtag

80. Sitzung, Dienstag den 15. Januar 1924

Präsident Winkler eröffnete die Sitzung gegen 14 Uhr mit der Mitteilung, daß der Abg. W. Müller (D. Vp.) infolge seiner Ernennung zum Justizminister das Amt eines Vizepräsidenten niedergelassen habe.

Auf der Tagesordnung steht

### die Regierungserklärung.

Ministerpräsident Heide, von den Kommunisten, die sich auch während der Rede allerlei läppische und kindische Zwischenrufe leisteten, mit Lärm und ironischen Zurufen empfangen, läßt aus: Nachdem ich am 4. Januar d. J. durch das Vertrauen des Landtags zum Ministerpräsidenten berufen worden bin, habe ich folgende Herren zu Ministern ernannt: zu meinem Stellvertreter und zum Minister des Innern Herrn Landtagsabgeordneten Max Müller, zum Minister für Volksbildung Herrn Landtagsabgeordneten Dr. Kaiser, zum Justizminister Herrn Landtagsabgeordneten W. Müller, zum Finanzminister Herrn Landtagsabgeordneten Dr. Reinhold. Herr Arbeitsminister Eisner ist auf seinem Posten verblieben. Bis zu der nach ausstehenden Ernennung eines Wirtschaftsministers führe ich die Geschäfte des Wirtschaftsministeriums. Sämtliche Minister haben der Reichs- und Landesdeputation Treue gelobt.

### Das erste Kabinett der Mitte.

Das zur Zeit in Gänze gebildet worden ist, ist in Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse von den verschiedenen Seiten lebhaften Angriffen ausgesetzt gewesen. Wie ist die Wertigkeit?

Rachdem durch die bekannten Vorgänge die sozialistische Minderheitsregierung meines Herrn Amtsvorgängers nicht mehr bestehen konnte, ist es zur Bildung der sogenannten Großen Koalition gekommen.

Die aus der Abgangsfähigkeit der Entwicklung gebildete Regierung wird das Ihrige dazu beitragen, daß die so begründete Arbeitgemeinschaft länger zusammenhalten wird als die Regierungen der letzten Zeit.

Wichtig ist mir der Versuch gemacht, den Bestand der Regierung dadurch in Frage zu stellen, daß die Auflösung des Landtages und

### Neuwahlen im Wege des Volksbegehrens

betrieben werden. Die Regierung wird hierbei verpflichtet nach den gesetzlichen Bestimmungen verfahren. Landtag und Regierung werden sich aber während des Verfahrens darüber einig zu machen haben, ob und in welchem Umfang noch vor den Neuwahlen die von mehreren Seiten angeregte Verringerung der Abgeordnetenzahl durch Verfallensänderndes Gesetz durchgeführt und außerdem die Verkleinerung des Wahlkreises übernommen werden sollen, die für die Reichsdeputation teils eingeführt, teils geplant sind. Dabei werden auch der Gehalts- und Verkleinerung der Wahl-

kreise ein engeres persönliches Verhältnis des Abgeordneten zu seinen Wählern anzustreben, sorgsamste Prüfung.

In dem gegenwärtigen Kabinett sind zum ersten Male die Vertreter aller Parteien zuammengesetzt, die auf dem Boden der republikanischen Verfassung stehen. (Sprecher über die Kommunisten.) Darin liegt eine schwere Gewähr dafür, daß die verfassungsmäßigen Einrichtungen des Reichstages Sachfen von ihm peinlich gehandhabt und geschützt werden. Zugleich darf gehofft werden, daß es durch die gemeinschaftliche Arbeit aller der wirkungsvollen Kreise, die in Mitgliedern des Kabinetts ihre Vertreter sehen, gelingen wird,

### die wirtschaftliche Not

unserm Volke und vor allem der Vermitteln unter ihnen in sozialem Maße so weit zu lindern, als es angesichts der gegenwärtigen Lage menschlichen Kräften überhaupt möglich ist. Bei der Finanznot des Reiches vom Reich kann die Not vielfach nur mit Hilfe des Reiches gelindert werden. Die sächsische Regierung muß Wert darauf legen, daß die komplizierten Wirtschaftsverhältnisse und die besonders große Erwerbslosigkeit in Sachsen von der Reichsregierung in besonderer Weise gehandhabt werden. Sie wird dieses Ziel besser durch mündliche Verhandlungen erreichen zu können als durch einen Streit, zumal wenn der Landtag sie hierbei tatkräftig unterstützt.

### Die Förderung der Sozialfürsorge

Im Rahmen der Reichsregierung unser Bestreben sein wird, sei besonders unterstrichen. (Zuruf der Kommunisten: Mit Gummi knippen!) Den Opfern der Wirtschaftskrise werden wir versuchen, durch tatkräftige Hilfe, insbesondere durch Beschaffung von Krediten und von Arbeitsmöglichkeit — Behebung des Baustandes usw. — Erleichterung zu bringen. (Sehr gut in der Rufe.) Mit Erfolg kann das freilich nur durchgeführt werden, wenn besonders die leistungsfähigen Bevölkerungsschichten in sozialem Maße und sozialer Gesinnung mitwirken. Diese zu pflegen, wird Aufgabe der Regierung sein.

Den fortgeschrittenen Ausbau der Landesregierung unter besonderer Berücksichtigung aller schaffenden Stände wird die Regierung vorwärts zu bringen suchen und dabei alle Kräfte für Wiederaufrichtung der Wirtschaft und für Herstellung geordneter Finanzen in Staat und Gemeinde mobilisieren.

### In kultureller Beziehung

Es ist kein Rückschritt eintreten (Lachen bei den Kommunisten), sondern der Weiterentwicklung soll der Weg gebahnt werden, soweit es die Finanzen nur irgend gestatten. Ich habe bereits im September des vorigen Jahres darauf hingewiesen, daß es eine dringende Aufgabe sei, den Haushalt auf Gold umzustellen, und entsprechende Anordnungen getroffen. Durch die rechte Verteilung der Lasten auf alle Volksschichten die zur Aufrechterhaltung der Staatsverwaltung unbedingt notwendigen Mittel zu schaffen, wird das Bestreben der Regierung sein. Dabei